

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/148

7. August 1975

Kooperation: auf Vertrauen gestützt

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und  
Polen

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB  
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Der "Geist von Helsinki"

Anmerkungen zu Erich Honeckers Interview

Seite 3 / 42 Zeilen

Nicht nur ein Streit ums Komma!

Filbinger-Regierung will Verfassung außer Kraft setzen

Von Dr. Rudolf Schieler MdL  
Vorsitzender der sozialdemokratischen Landtagsfraktion  
Baden-Württemberg

Seite 4 und 5 / 47 Zeilen

Die Glasse des SPD-Pressedienstes

Massenpsychologie auf "Bild"-Art

Seite 6 / 42 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhard Ecker

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 58 88 640 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376611

Kooperation: auf Vertrauen gestützt

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Für uns Deutsche muß nach der leidvollen Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen die Aussöhnung mit dem polnischen Volk den gleich hohen Rang beanspruchen wie die 1945 eingeleitete und nach Jahrhunderten tragischer Verstrickungen erstaunlich schnell entwickelte, vielleicht zu einer neuen Erbfreundschaft führende Aussöhnung mit dem französischen Nachbarvolk.

Erste entscheidende Schritte auf dem gewiß sehr viel schwierigeren Wege zu einer Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen erfolgten im Rahmen des Pakets der Ost-Verträge einschließlich des für uns Deutsche so wichtigen Vier-Mächte-Abkommens über Berlin mit den inzwischen sichtbaren Fortschritten für die Bevölkerung des westlichen Teiles dieser Stadt.

Wir konnten - und wollten - den Hitler-Krieg nicht nachträglich gegenüber den Polen gewinnen, die sich ein neues Heimatrecht auf die alten deutschen Ostgebiete erlitten hatten. Auch die großen Opfer unserer vertriebenen Landsleute nach 1945 konnten nicht wieder ungeschehen gemacht werden. Diese Landsleute mußten auf dem Wege einer Gesamthaftung aller Deutschen im Westen, vor allem durch die Lastenausgleichsgesetzgebung wenigstens materiell entschädigt werden. Die wirklich bedeutenden Führer hatten sich sehr bald nach 1949 in die Front derer unter uns in der Bundesrepublik eingereiht, die sich im Interesse des deutschen und polnischen Volkes ebenso wie im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa eine fortschreitende Aussöhnung mit Polen zum Ziele setzten.

In diesen Tagen nun können alle diese Kräfte jenseits harter, oft notwendiger parteipolitischer Differenzen und Auseinandersetzungen mit nüchterner Zufriedenheit die Ergebnisse der langen Gespräche des Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des polnischen Parteichefs Edward Gierek registrieren. Die Geschichte wartet nicht. Der verantwortliche Staatsmann muß versuchen, den jeweils richtigen Augenblick für historisch unausweichliche Entscheidungen zu "fassen" zu bekommen. Nach Auffassung aller kompetenten Beobachter und Kenner dieser sehr komplizierten Verhandlungsmaterie konnten Schmidt und

Gierek buchstäblich in letzter Minute einen Kompromiß erzielen, der als solcher schon einmal zwischen dem früheren Außenminister Scheel und Diczoweki beinahe zustandegekommen wäre. Ein nochmaliges Scheitern im letzten Augenblick hätte alte, tiefe Gräben wieder aufgerissen und die gerade begonnene Entwicklung neuer positiver Beziehungen zwischen den beiden Völkern möglicherweise völlig zunichte gemacht.

Diplomatische Kompromisse - ohne sie läßt sich überhaupt keine realistisch-vernünftige internationale Friedenspolitik verwirklichen - müssen einerseits zäh ausgehandelt werden, dürfen aber andererseits nicht mit der rechthaberischen Elle Ewig-Gestriger gemessen werden. Die vielleicht auch eines Tages als historisch zu bezeichnenden, auf jeden Fall bedeutsamen Entscheidungen von Helsinki wurden durch eine schier endlose Reihe von Expertenverhandlungen vorbereitet. Keine Seite konnte ihren eigenen Standpunkt voll durchsetzen. Das liegt eben in der Natur jedes zustandegekommenen Kompromisses.

In einem von den Anfängen her politisch vorgegebenen, sichtlich nicht so definierten "Paket" konnten so schwierige und ernste Komplexe wie Entschädigungsforderungen an noch Überlebende der nationalsozialistischen Konzentrationslager in Polen und die finanztechnisch verwickelte Frage der Rentenauszahlungen für Deutsche in den vormals deutschen Ostgebieten aus der Welt geschafft werden. Beide Seiten sind hier jetzt durch ihre höchsten politischen Repräsentanten und durch die Paraphierung der Abkommen ebenso im Wort wie hinsichtlich der Ermöglichung einer Ausreise in die Bundesrepublik von weiteren Zehntausenden deutscher Landsleute. Auch die kritischste Oppositionsstimme wird es im Übrigen hoffentlich nicht - zum Schaden der deutschen Sache - wagen, die Kredithilfe zugunsten der polnischen Wirtschaft in ihrer Notwendigkeit und politischen Zweckmäßigkeit anzuzweifeln. Denn wie intensiv auch immer die Experten auf beiden Seiten in den letzten Jahren die komplizierte Gesamtmaterie als Vorbereitung für die nun getroffene Endentscheidung durchforstet haben: So oder so dürfen wir Deutsche den moralischen Aspekt der ganzen Sache nicht völlig verdrängen. Wir erwarten aber auch, daß die polnische Seite auch eine moralische Verpflichtung gegenüber den zur Ausreise in die Bundesrepublik Entschlossenen "unbestreitbarer deutscher Volkzugehörigkeit" weiterhin vor Augen haben wird.

Nur so läßt sich in Zukunft der Sieg der praktisch-politischen Vernunft von Helsinki umsetzen in Früchte einer neuen, von gegenseitigem Vertrauen getragenen Kooperation zwischen den Regierungen und Völkern der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland.  
(-7.8.1975/ho/seb/hh)

+ + +

### Der "Geist von Helsinki"

#### Anmerkungen zu Erich Honeckers Interview

Erich Honecker, Erster Sekretär der SED und damit - in Übereinstimmung mit der Hierarchie der UdSSR und anderer Ostblockstaaten - auch erster Mann der DDR, hat sich in seinem "Neues Deutschland"-Interview verbindlich auf die Einhaltung der Thesen der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)" festgelegt. Die Aussage, er sei mit dem Bundeskanzler übereingekommen, "in den Beziehungen unserer beider Staaten den 'Geist von Helsinki' wirksam werden zu lassen", sollte ebenso zum Maßstab des Gesamtverhaltens beider deutscher Staaten zueinander gemacht werden wie die Ankündigung, daß die DDR die in Helsinki unterzeichneten Dokumente "nach Treu und Glauben verwirklichen" werde.

Damit hat Erich Honecker selbstgesetzte Verpflichtungen ausgesprochen, die dem Verhalten des von ihm repräsentierten Staates und der Partei, die ihn auf diesen herausragenden Posten berufen hat, eine Richtung weisen, die Zustimmung auch in der Bundesrepublik finden könnte. Es wird nach den Verträgen und Abkommen, die den Komplex der beiden deutschen Staaten und Berlins regeln, und zu denen ja noch weitere Abmachungen hinzukommen werden, allerdings auch allmählich Zeit, daß, nachdem nun einmal so tragfeste Voraussetzungen für eine Normalisierung geschaffen worden sind, mit dieser Normalisierung der Beziehungen endlich ernst gemacht wird. Der Rahmen der Vorstellungen, die der Bürger der Bundesrepublik mit dem Begriff Normalisierung gerade bei den Beziehungen jedweder Art zur DDR hat und aufzählen kann, ist groß, auch wenn man billigerweise festhalten muß, daß etwa im Bereich der menschlichen Beziehungen, wie Besuchsreisen, Zusammenführung und Tourismus, ein Wandel zum Positiven zu verzeichnen ist. Aber Normalisierung ist mehr, und eines der offenkundigsten Merkmale einer solchen - nun, nach Helsinki und im "Geist von Helsinki" doch wohl von beiden Seiten unbestrittenen! - Normalisierung ist eine Grenze ohne Mauern, Stacheldraht, Minen und Schießbefehl.

Man kann natürlich auf Honeckers Interview auch so antworten, wie das die Springer-Presse tut. Damit wird man in einer Demokratie leben müssen, zumal Frustration ohne Alternative kein politisches Bewußt hat. Aber die kalten Krieger, die der SED-Sekretär so deutlich als Leute apostrophiert hat, die als einzige über Helsinki trauern, finden sich nicht nur in der Bundesrepublik. Die Eskapaden der "Springer" in den Massenmedien der DDR werden bei uns freilich nicht als "Einmischung" in unsere inneren Angelegenheiten betrachtet. Wenn beide Seiten mit den realpolitischen Folgerungen aus dem von Erich Honecker beschworenen "Geist von Helsinki" wirklich rasch und gründlich ernst machen, werden Randerscheinungen sowieso nicht mehr zum Problem. (e/7.8.1975/bgy/e/sab)

+ + +

Nicht nur ein Streit ums Komma!

**Filbinger-Regierung will Verfassung außer Kraft setzen**

Von Dr. Rudolf Schieler MdL

Vorsitzender der sozialdemokratischen  
Landtagsfraktion Baden-Württemberg

In dem vor einiger Zeit dem Stuttgarter Landesparlament vorgelegten Schulgesetzentwurf hat die baden-württembergische CDU-Landesregierung den Versuch unternommen, den in der Praxis bewährten baden-württembergischen Verfassungsgrundsatz über die Erziehung junger Menschen auf dem Umweg über ein einfaches Landesgesetz für den Schulalltag außer Kraft zu setzen. Während Artikel 12/Abz. 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg bestimmt: "Die Jugend ist in der Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen", hat die CDU-Landesregierung in ihrem Schulgesetzentwurf diese Verfassungsbestimmung dahingehend abgeändert, daß eine Erziehung der Schüler in "Verantwortung vor Gott und im Geiste christlicher Nächstenliebe zur Menschlichkeit und Friedensliebe..." zu erfolgen habe. Hier setzt die Kritik der Sozialdemokraten ein, weil diese Formulierung eine unzumutbare Verfälschung und Neuausdeutung der Verfassung im neuen Schulgesetz darstellt.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß die CDU des Landes, welche die in einem Initiativgesetzentwurf vorgelegten Vorschläge der Opposition für eine wirkliche Reform des Schulgesetzes negiert, in dem Austausch der Worte "in Ehrfurcht vor Gott" gegen "in Verantwortung vor Gott" quasi durch die Hintertür die seit zehn Jahren praktizierte Entklerikalisierung und Entkonfessionalisierung des Schulwesens stoppen und hinter den derzeitigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung

zurückgehen will. Hinzu kommt, daß "in Verantwortung vor Gott" nur erziehen kann, wer sich selbst diesem Gott verbunden fühlt. Ins Gewicht fällt, daß die CDU-Formulierung für das Schulgesetz in krassem Widerspruch zum Artikel 16/Abs.2 der Landesverfassung steht, in dem es heißt: "Bei der Bestellung der Lehrer an den Volksschulen ist auf das religiöse und weltanschauliche Bekenntnis der Schüler Rücksicht zu nehmen. Bekenntnismäßig nicht gebundene Lehrer dürfen aber nicht benachteiligt werden".

Auch ist es ein elementarer Unterschied, ob formuliert wird, daß Schüler in "Verantwortung vor Gott und im Geiste christlicher Nächstenliebe zu Menschlichkeit und Friedensliebe erzogen werden", oder ob ein Komma hinter den Worten "in Verantwortung vor Gott" aus einem übergeordneten religiös bestimmten Prinzip nur einen ersten Erziehungsgrundsatz in einer Aufzählung weiterer Erziehungsgrundsätze macht.

Die Sozialdemokraten des Landes Baden-Württemberg stehen voll zum Text der Verfassung und der daraus entwickelten Praxis, wonach die Schule in der den Themen angemessenen Haltung im Katalog ihrer Bildungsziele auch christliche Überlieferungen übermitteln muß. Sie wird aber bei den weiteren Beratungen des Schulgesetzes sich energisch einer Veränderung der verfassungsmäßigen Begriffe und grammatikalisch folgenreichen Neuformulierungen widersetzen. (-/7.8.1975/ho/e/sab)

+ + +

## Die Glossen des SPD-Pressedienstes

### Massenpsychologie auf "Bild"-Art

Jetzt wissen wir: Wenn der Bundesbürger einen Bauarbeiter hoch oben auf einem Gerüst sieht, wartet er darauf, daß dieser zu Tode stürzt. Vermittelt wird uns dieses Erkenntnis durch Axel Caesar Springers "Bild"-Zeitung. "Bild" war nämlich dabei - zwei Fotos bezeugen es - als der farbige Südafrikaner Amos Gexela am letzten Sonntag in der City von Johannesburg von einer 15 Meter hohen Terrasse in den Tod sprang, angespornt von einer "sensationalistischen Menge" mit Sprech-Chören: "Spring doch, spring doch!" Wie "Bild" - und andere - berichteten, habe die alarmierte Feuerwehr das bereitgehaltene Sprungtuch deshalb nicht gespannt, weil die Polizei keinen entsprechenden Befehl gegeben habe. So weit, so schlimm.

Aufschlußreich ist nun, wie "Bild" mit dem Ergebnis fertig wird. In einem "Kommentar" meint das Blatt u.a.: "... in der Masse kann der Mensch unmenschlich werden." Dies ist zweifellos richtig, und seit Gustave Le Bon und Sigmund Freud ist wissenschaftlich ergründet, warum das so ist: Ein gemeinsames Objekt des Hasses oder der Liebe schließt eine Gruppe von Menschen zu einer "Masse" zusammen, deren Verhalten auf infantile Weise unkontrolliert wird, weil die Emotionen die Vernunft, über die das einzelne Mitglied einer Masse normalerweise durchaus verfügen kann, überfluten und hinwegschwemmen. Im Falle des gehetzten Selbstmörders von Johannesburg muß die Hypothese erlaubt sein, ob sich hier nicht kollektiver Haß auf einen Angehörigen der diskriminierten farbigen Volksgruppe entlud. Mit anderen Worten: Ohne das Rassenproblem der Republik Südafrika dürften sich die Sprech-Chöre mit der Aufforderung zum Todesprung kaum erklären lassen.

Eine derartige Fragestellung liegt "Bild" natürlich fern. Verständlich, denn mit der Ausleuchtung von Hintergründen würde "Bild" an den kritischen Sinn des Lesenden appellieren und damit den von dem Blatt selbst permanent geübten Mißbrauch der Massenpsychologie unmöglich machen.

Solche etwaigen kritischen Gedanken läßt "Bild" erst gar nicht aufkommen. Vielmehr muß der Leser sich fragen lassen: "Ist nicht jeder von uns schon mal stehengeblieben auf der Straße, hat nach oben geschaut, wo der Gerüstbauer turnte, und hat insofern darauf gewartet, daß er runterfällt?" So entlarvend schätzt "Bild" also sich selbst und seine Leser ein: Spaziergänger, die ihren Mitmenschen insofern den Tod wünschen. Daß es auch Menschen gibt, die beim Anblick des "turnenden Gerüstbauers" spontan menschenfreundlich reagieren und denken: "Hoffentlich kommt er heil runter", dieser Gedanke kommt den "Bild"-Machern anscheinend nicht. Es läßt tief blicken, wann sie unter ähnlichen Voraussetzungen natürlich auch anderswo möglichen barbarischen Exzeß von Johannesburg zum Anlaß nehmen, um den "inneren Schweinehund" für gewissermaßen normal zu erklären.

Anton Borghoff  
(-/7.8.1975/ho/ben/aab)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert